

Erwartungen an eine Pflegereform

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

Von Klaus Zok

Abstract

Die Sorge, im Alter zum Pflegefall zu werden, beschäftigt einen Großteil der Bevölkerung. Das gilt auch schon für die jüngere Generation. So hat jeder Zweite (50,4 Prozent) der unter 30-Jährigen Angst davor, einmal pflegebedürftig zu werden. Für die Mehrheit der Versicherten (73,5 Prozent) ist die Absicherung des eigenen Pflegerisikos wichtig. Dabei genießt die Pflegeversicherung in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Allerdings kritisieren die Versicherten deren Leistungsumfang und befürworten deshalb eine Erweiterung des Leistungsspektrums. Insbesondere für Demenzkranke und deren Angehörige soll künftig mehr getan werden. In der Frage der Finanzierung herrscht große Skepsis gegenüber einer privaten, individualisierten Vorsorge – die Mehrheit votiert für ein solidarisch finanziertes Pflegeversicherungssystem. ■

Many people are concerned that they will need nursing care in their old age. This is even true for the younger generation. One in two people (50.4 percent) under 30 are afraid of needing nursing care one day. For the majority of insured people (73.5 percent), protection against the risk of needing long-term care is important. As a result, long-term care insurance enjoys a high approval rating in many parts of the population. However, the scope of long-term care services is frequently criticized. The insureds therefore support extended services and think that more should be done in the future, especially for people with dementia and their relatives. On the issue of financing, scepticism prevails regarding private, individualized care – a majority prefers a funding system based on the solidarity principle. ■

KOMMENTAR

Es hat sich herumsprochen: Von der Pflege und Unterstützung anderer abhängig zu werden, gehört zu den Risiken eines langen Lebens. In einer solchen Situation abgesichert zu sein, ist für die Mehrzahl der Frauen und Männer in Deutschland wichtig. Darum wird auch die Pflegeversicherung grundsätzlich begrüßt. Allerdings wird ihre Leistungsfähigkeit bei Eintritt des Ernstfalls als unzureichend kritisiert. Wie also diese Kluft überwinden? Die Zauberformeln lauten momentan Einführung eines neuen Pflegebegriffs, mehr Leistungen für Demenzkranke oder Unterstützung pflegender Angehöriger. Das kostet! Und die Versicherten votieren – als hätten sie sich abgesprochen – für eine solidarische Lösung der Finanzierung. Eigentlich nicht die schlechteste Idee, aber ein wenig mehr Mut und Fantasie wird es brauchen, um die passende Hilfe für immer mehr Betroffene anbieten und bezahlen zu können.



*Prof. Dr. Adelheid Kuhlmeiy
Direktorin des Instituts für
Medizinische Soziologie an der
Charité-Universitätsmedizin Berlin*

1 Das Thema

Die Deutschen werden immer älter. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen auf fremde Hilfe angewiesen sind. So ist die Zahl der Pflegebedürftigen seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 fast kontinuierlich gestiegen. Laut Statistischem Bundesamt sind derzeit 2,34 Millionen Menschen pflegebedürftig. Mehr als zwei Drittel von ihnen, also über 1,6 Millionen Menschen, werden zu Hause versorgt, der überwiegende Teil ausschließlich von Angehörigen. Weniger als ein Drittel der Pflegebedürftigen lebt in einem Pflegeheim (Statistisches Bundesamt 2011). Unterschiedlichen Projektionen zufolge wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Verlauf der nächsten drei bis vier Dekaden deutlich erhöhen. So muss mehr als jeder Zweite irgendwann im Laufe seines Lebens mit Pflegebedürftigkeit rechnen (Rothgang et al. 2010, Seite 7).

Weite Teile der Bevölkerung haben Angst vor Pflegebedürftigkeit im Alter.

Die derzeitige Bundesregierung plant, die Pflegeversicherung zu reformieren, und zwar sowohl hinsichtlich ihres Leistungsumfangs als auch ihrer Finanzierung. Der ehemalige Gesundheitsminister Philipp Rösler hatte das Jahr 2011 sogar explizit zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Sein Nachfolger Daniel Bahr kündigte an, noch im Spätsommer Eckpunkte zu einer Pflegereform vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Frage, welche Vorstellungen und Erwartungen die Versicherten zu diesem Thema haben, eine große Bedeutung zu. Um Aufschluss darüber zu erhal-

ten, wie die Versicherten zur Pflegeversicherung stehen, wie sie deren Reformbedarf und einzelne Reformmaßnahmen einschätzen, hat das WIdO eine repräsentative Umfrage unter Versicherten der sozialen Pflegeversicherung durchgeführt. Zwischen April und Mai 2011 wurden 1.600 Versicherte ab 18 Jahren auf der Basis eines standardisierten, getesteten Fragebogens telefonisch durch das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum der Universität Duisburg-Essen befragt.

2 Befragungsergebnisse und Diskussion

2.1 Betroffenheit und Absicherung

Die Sorge, im Alter zum Pflegefall zu werden, beschäftigt große Teile der Bevölkerung (61,4 Prozent), Frauen noch mehr (67,1 Prozent) als Männer (55,0 Prozent). Das gilt auch bereits für jüngere Menschen. So hat jeder Zweite (50,4 Prozent) der unter 30-Jährigen Angst davor, einmal pflegebedürftig zu werden. Bei den über 50-Jährigen trifft dies auf mehr als 60 Prozent zu.

Die Angst vor Pflegebedürftigkeit ist in einkommensschwächeren Schichten tendenziell stärker verbreitet als bei Menschen, die über ein vergleichsweise hohes Einkommen verfügen (Allensbach 2009). Insgesamt rangiert sie deutlich vor der Sorge, im Alter allein zu sein (37,6 Prozent).

Auch das Thema Pflegeabsicherung beschäftigt die Mehrheit der gesetzlich Versicherten über alle Altersgruppen hinweg. Bei den unter 30-Jährigen halten es bereits drei Fünftel (61,8 Prozent) der Befragten für wichtig beziehungsweise sehr wichtig, Vorsorge für den Fall einer späteren Pflegebedürftigkeit zu treffen. Erwartungsgemäß nimmt die Bedeutung des Themas mit dem Alter zu: Bei den über 70-Jährigen sind vier von fünf Versicherten (79,2 Prozent) von der Wichtigkeit der Pflegeabsicherung überzeugt. Dabei ist der Anteil bei den Frauen deutlich höher (78,4 Prozent) als bei den Männern (68,0 Prozent).

Die Institution der Pflegeversicherung genießt in weiten Teilen der Bevölkerung grundsätzlich

Tabelle 1

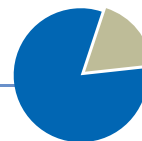
„Die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung zur Absicherung sozialer Risiken hat sich bewährt.“

Angaben in Prozent

	Jahr	
	2011	2005
Anzahl Befragte	1.605	3.000
trifft voll und ganz zu/trifft zu	42,6	30,4
teils, teils	31,7	32,0
trifft nicht zu/trifft überhaupt nicht zu	12,8	16,3
weiß nicht/keine Angaben	12,9	21,3

Die Akzeptanz der gesetzlichen Pflegeversicherung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, von 2005 bis heute um zwölf Prozent.

Quelle: WIdO 2011



Akzeptanz (Tabelle 1). So sind 42,6 Prozent der Befragten der Auffassung, dass sich ihre Einführung bewährt habe; noch im Jahr 2005 waren lediglich 30,4 Prozent dieser Meinung (Zok 2005). Nur 12,8 Prozent der Versicherten lehnen die Pflegeversicherung ab. Auffällig ist allerdings, dass fast ein Drittel der Befragten (31,7 Prozent) unentschieden ist und mit „teils, teils“ antwortet.

Diese Zurückhaltung mag damit zu tun haben, dass die Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung insgesamt eher kritisch bewertet wird. Nur ein Fünftel (21,9 Prozent) der Befragten hält den derzeitigen Versicherungsschutz der Pflegeversicherung für ausreichend, mehr als ein Viertel (27,3 Prozent) urteilt mit „teils, teils“, während 40,1 Prozent der Versicherten mit dem Leistungsvolumen der gesetzlichen Pflegeversicherung im Pflegefall unzufrieden ist.

Darüber hinaus sind viele Versicherte ganz (40,6 Prozent) oder teilweise (24,1 Prozent) der Meinung, dass die Pflegeversicherung bei der Leistungsbewilligung zu zurückhaltend sei. Vor allem Menschen mittleren Alters vertreten diese Ansicht. 16 Prozent sehen das nicht so. Jeder Fünfte (19,4 Prozent) hatte keine Meinung zu diesem Thema.

Die soziale Pflegeversicherung ist als Teilkaskoversicherung konzipiert und deckt damit nur einen Teil der Pflegekosten ab. Den Rest müssen die Betroffenen selbst tragen oder durch eine private Zusatzversicherung finanzieren. Derzeit verfügt weniger als ein Fünftel der

Versicherten (18,1 Prozent) über eine private Pflegezusatzversicherung (Tabelle 2). Von den Befragten ohne Pflegezusatzversicherung bekundet jeder Vierte (24,7 Prozent) Interesse an einer privaten Ergänzung. Auffällig ist, dass der Anteil derjenigen, die sich auch privat abgesichert haben oder Interesse an einer Zusatzversicherung zeigen, mit zunehmendem Einkommen wächst. Deutlich wird aber auch, dass Versicherte mit einem potenziell höheren Bedarf an Pflegeleistungen (Rentner, chronisch Kranke) seltener über eine private Pflegezusatzversicherung verfügen oder Interesse daran haben als der Durchschnitt der Befragten.

Angesichts soziodemografischer Veränderungen, wie der Erosion traditioneller Familienstrukturen (insbesondere durch sinkende Geburtenzahlen, einen Rückgang der Eheschließungen und steigende Scheidungsraten), der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und den erhöhten Anforderungen an die Mobilität der arbeitenden Bevölkerung, stellt sich die Frage, ob und wie sich das Pflegepotenzial der Familie in Zukunft aufrechterhalten lässt. Laut des PKV-nahen Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) seien angeblich immer weniger Menschen in Deutschland bereit, ihre Angehörigen rund um die Uhr zu betreuen (ZQP 2010). Anderen Studien zufolge ist die Zustimmung zur familiären Unterstützung in der Pflege jedoch weiterhin hoch (Kuhlmey 2010).

Die im Rahmen der aktuellen Erhebung gestellte Frage „Könnten Sie sich persönlich vor-

Das Leistungsvermögen der Pflegeversicherung hält ein großer Teil der Befragten für nicht ausreichend.

Tabelle 2

Absicherung durch eine private Pflegezusatzversicherung – nach Einkommensgruppen und Morbidität

Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen in Euro					Alter > 65 Jahre	Versicherte mit		
		< 1.000	1.000 bis < 2.000	2.000 bis < 3.000	3.000 bis < 4.000	≥ 4.000		Diabetes	KHK	Bluthochdruck
Anzahl Befragte	1.605*	167	431	331	177	141	353	143	136	356
Ausstattung mit privater Pflegezusatzversicherung	18,1	12,0	15,1	20,8	21,5	26,2	13,6	17,5	15,4	14,0
Anzahl Befragte	1.290*	144	363	258	136	102	303	118	113	304
Interesse an privater Pflegezusatzversicherung	24,7	20,8	22,9	24,8	32,4	35,3	12,9	22,0	18,6	17,4

Das Interesse an einer ergänzenden privaten Absicherung des Pflegerisikos ist insgesamt gering, nimmt aber mit dem Einkommen zu.

* Die Differenz zu 1.605 und 1.290 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zu ihrem Einkommen gemacht haben.

Quelle: WIdO 2011

Tabelle 3

Bereitschaft zur Pflege eines nahen Angehörigen – nach Haushaltsgröße

„Könnten Sie sich persönlich vorstellen, ein pflegebedürftiges Familienmitglied täglich zu betreuen?“

Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsgröße			
		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 oder mehr Personen
Anzahl Befragte	1.605*	370	620	274	337
ja	69,8	57,0	70,0	75,5	78,9
nein	27,9	40,8	27,1	22,3	19,6
weiß nicht	1,9	1,1	2,6	2,2	1,5
keine Angaben	0,4	1,1	0,3	–	–

Eine deutliche Mehrheit der Befragten ist bereit, einen Familienangehörigen täglich zu betreuen. Diese Bereitschaft nimmt erwartungsgemäß mit der Größe des Haushalts zu.

* Die Differenz zu 1.605 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zur Größe ihres Haushalts gemacht haben. Quelle: WidO 2011

Die meisten Versicherten möchten im Fall der Pflegebedürftigkeit zu Hause versorgt werden.

stellen, ein pflegebedürftiges Familienmitglied täglich zu betreuen?“ beantwortet eine große Mehrheit der Versicherten mit Ja (69,8 Prozent) und nur rund ein Viertel mit Nein (27,9 Prozent) (Tabelle 3). Dabei ist ein Zusammenhang mit der persönlichen Wohn- beziehungsweise Lebenssituation unübersehbar: Bei den allein lebenden Befragten ist die Bereitschaft, ein Familienmitglied täglich zu betreuen, deutlich geringer als bei denjenigen, die in einem Mehrpersonenhaushalt leben.

Dass Pflege von mehreren Faktoren abhängt und sich in Zukunft weniger allein in der Familie abspielen wird, ist offenbar vielen Versicherten bewusst: Danach gefragt, wer sich denn um sie kümmern würde, wenn sie selbst einmal pflegebedürftig werden sollten, sehen die meisten die Organisation ihrer Pflege auf verschiedene Schultern verteilt: Am häufigsten werden die eigenen Kinder (47,6 Prozent), der Ehepartner (42,2 Prozent) und professionelle Pflegekräfte (41,8 Prozent) genannt.

Klare Vorstellungen haben die Versicherten davon, wie sie leben möchten, wenn sie einmal auf die Unterstützung anderer angewiesen sein sollten. Die Mehrheit wünscht sich, in diesem Fall zu Hause, das heißt in der eigenen Wohnung (41,3 Prozent) beziehungsweise im Kreis der Familie (40,8 Prozent), versorgt zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass wohnortnahe Betreuung- und Pflegedienstleistungen vorhanden sind beziehungsweise ausgebaut werden, neue Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser) gefördert werden sowie der Neu- und Umbau altersgerechter Wohnungen vorangetrieben wird.

Die Frage, ob die Infrastruktur der eigenen Umgebung (Lebens- und Freizeitmöglichkeiten, Einkaufs- und Verkehrsanbindungen) altersgerecht ist, wird von über der Hälfte der Befragten (51,9 Prozent) positiv beantwortet (Tabelle 4). Jeweils ein Viertel findet die eigene Umgebung

Tabelle 4

Bewertung der räumlichen Infrastruktur für Ältere – nach Ortsgröße

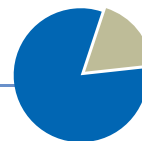
„Denken Sie an Ihre Umgebung, in der Sie jetzt leben: Wie ausreichend ist Ihrer Meinung nach die Infrastruktur, um im Alter dort gut zurechtzukommen (zum Beispiel altersgerechte Wohnungen, barrierefreie Geschäfte, Freizeitmöglichkeiten für Ältere, gute Verkehrsanbindungen)?“

Angaben in Prozent

	insgesamt	Anzahl Einwohner					
		< 2.500	2.500 bis < 5.000	5.000 bis < 20.000	20.000 bis < 100.000	100.000 bis < 500.000	ab 500.000
Anzahl Befragte	1.605	123	128	429	450	232	243
sehr gut/gut	51,9	30,9	44,6	52,2	53,1	55,7	60,1
teils, teils	23,6	24,4	22,7	24,2	23,6	25,9	20,2
schlecht/sehr schlecht	23,8	44,7	32,8	22,8	22,0	18,1	19,0
weiß nicht/keine Angaben	0,8	–	–	0,7	1,3	0,4	0,8

Wer in größeren Städten wohnt, hält seine Umgebung deutlich häufiger für altersgerecht als Bewohner ländlicher Gebiete.

Quelle: WidO 2011



nur teilweise (23,6 Prozent) oder schlecht beziehungsweise sehr schlecht (23,8 Prozent) für ältere Menschen geeignet. Erwartungsgemäß zeigt sich hier ein starker Zusammenhang mit der Größe des Wohnorts: Je höher die Einwohnerzahl, desto häufiger wird die Infrastruktur als altersgerecht beurteilt.

2.2 Reformwartungen

2.2.1 Neudefinition der Pflegebedürftigkeit

Die Bundesregierung plant, den Leistungsumfang der Pflegeversicherung zu erweitern. Dazu gehört unter anderem die Stärkung der häuslichen Pflege, die ein zentrales Anliegen der Pflegeversicherung ist (Paragraf 3 SGB XI). Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen (69 Prozent oder 1,6 Millionen) werden derzeit zu Hause von ihrer Familie betreut (Statistisches Bundesamt 2011). Für viele Angehörige bedeutet das eine enorme Last, die krank machen kann. Es gilt als belegt, dass Pflegekräfte häufig unter körperlichen und seelischen Belastungen leiden. Deshalb soll mit der angekündigten Reform der sozialen Pflegeversicherung die Situation der pflegenden Angehörigen verbessert werden. Eine große Mehrheit der Versicherten (84,3 Prozent) unterstützt dieses Vorhaben.

Darüber hinaus sollen durch eine Neubestimmung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs vor allem

Betroffene von Alzheimer- und Demenzerkrankungen sowie deren Angehörige mehr Leistungen erhalten. Denn Alzheimer und Demenz bedeuten nicht nur eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit, sondern auch längere Pflegeverläufe, höhere Pflegestufen und eine stärkere Inanspruchnahme von Pflegeleistungen. Nahezu neun von zehn Befragten (87,9 Prozent) begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung, bessere Angebote für an Alzheimer und Demenz Erkrankte und deren Angehörige zu schaffen.

Drei Viertel der Versicherten (73,9 Prozent) halten es außerdem für wichtig, dass Pflegebedürftige, wenn sie zum Beispiel körperlich eingeschränkt sind, nicht nur Hilfe bei der Körperpflege und Ernährung erhalten, sondern auch bei der Gestaltung ihres Alltags und ihrer Teilhabe am sozialen Leben unterstützt werden. Diese Form der Hilfeleistung deckt die Pflegeversicherung bisher nicht ab.

2.2.2 Finanzierung

Die angekündigte Pflegereform soll nicht nur die Leistungen der Pflegeversicherung verbessern, sondern auch ihre Finanzierung neu regeln. Um den Beitragsanstieg zumindest zu dämpfen, haben CDU, CSU und FDP sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das bestehende Umlage-

Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet die Pläne, den Leistungsumfang in der Pflegeversicherung auszuweiten.

Tabelle 5

Private Zusatzversicherung: Ja oder nein?

„Was halten Sie davon, dass jeder Bürger verpflichtet wird, für die Rücklagenbildung zur künftigen Finanzierung der Pflege eine private Zusatzversicherung abzuschließen?“ – „Das finde ich ...“

Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen in Euro					Schulbildung		
		< 1.000	1.000 bis < 2.000	2.000 bis < 3.000	3.000 bis < 4.000	≥ 4.000	niedrig	mittel	hoch
Anzahl Befragte	1.605*	167	431	331	177	141	447	623	514
sehr gut/gut	23,1	14,4	21,8	23,9	28,8	36,2	22,6	21,2	25,5
teils, teils	20,9	22,8	21,6	23,9	18,6	16,3	19,0	22,2	20,4
schlecht/sehr schlecht	54,6	59,9	55,0	52,3	50,3	47,5	57,0	55,2	52,3
weiß nicht/keine Angaben	1,5	3,0	1,6	–	2,3	–	1,3	1,4	1,8

Mehr als die Hälfte aller Befragten ist gegen den Vorschlag, eine obligatorische private Zusatzversicherung einzuführen. Die Ablehnung ist umso größer, je geringer das Einkommen der Versicherten ist.

* Die Differenz zu 1.605 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zu ihrem Einkommen beziehungsweise ihrer Schulbildung gemacht haben.

Quelle: WIdO 2011

verfahren durch eine Kapitaldeckung zu ergänzen, die „verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss“. Die Anforderung „individualisiert“ könne nur durch den obligatorischen Abschluss einer privaten Pflegezusatzversicherung erfüllt werden; insbesondere müssten „junge Menschen heute anfangen, an morgen zu denken und finanziell vorzusorgen“ (Rösler 2010).

Der Vorschlag, zur künftigen Finanzierung der Pflege eine obligatorische private Pflegezusatzversicherung abzuschließen, wird nur von einem Viertel der Versicherten (23,1 Prozent) befürwortet (Tabelle 5). Ein Fünftel der Befragten (20,9 Prozent) antwortet abwägend mit „teils, teils“ und mehr als die Hälfte lehnt ihn ab (54,6 Prozent). Die Akzeptanz einer obligatorischen privaten Zusatzversicherung nimmt mit dem Einkommen (vergleiche hierzu auch Tabelle 2) und der Schulbildung der Versicherten zu, die ablehnende Haltung ist umso stärker ausgeprägt, je geringer das Einkommen ist.

Eine weitere Frage zur Reform der Pflegefinanzierung lautet, ob der von den Mitgliedern in der sozialen Pflegeversicherung zu zahlende Beitrag künftig zumindest teilweise einkommensunabhängig (pauschal) mit einem flankierenden steuerfinanzierten Sozialausgleich oder

aber weiterhin ausschließlich einkommensabhängig erhoben werden soll. Das Votum der Versicherten fällt eindeutig aus (Tabelle 6): Lediglich 16,7 Prozent der Befragten finden den Vorschlag, einen pauschalen (Zusatz-)Beitrag zu zahlen, „sehr gut“ beziehungsweise „gut“, die Mehrheit der Versicherten aber – fast zwei Drittel (65,7 Prozent) – reagiert ablehnend. Betrachtet man die Antworten nach der Höhe des Einkommens, zeigt sich, dass die Zustimmung bei den Versicherten, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von mehr als 4.000 Euro verfügen, am höchsten ist (22,7 Prozent). Die Auswertung nach Schulbildung ergibt keine wesentlichen Abweichungen vom Durchschnittswert.

Ebenfalls kaum Zustimmung bei den Versicherten findet der Vorschlag, höhere Ausgaben in der Pflegeversicherung künftig wie in der gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren, das heißt über höhere Beiträge der Mitglieder ohne Beteiligung der Arbeitgeber (Tabelle 7). Nur jeder Zehnte (10,3 Prozent) befürwortet diese Idee. Die Mehrheit der Versicherten – zwei Drittel der Befragten (64,0 Prozent) – lehnt den Vorschlag ab. Bei Besserverdienenden und Befragten mit höherer Schulbildung ist die ablehnende Haltung überdurchschnittlich hoch.

Die Versicherten plädieren für eine solidarisch finanzierte Pflegeversicherung.

Tabelle 6

Teile des Pflegebeitrags einkommensabhängig oder pauschal finanzieren?

„Ein Reformvorschlag für die Pflegeversicherung sieht vor, dass künftig zumindest ein Teil der Beitragszahlungen nicht mehr vom Einkommen abhängig ist, sondern als pauschaler Beitrag erfolgen soll, also einkommensunabhängig ist. Das heißt, Geringverdiener zahlen genauso viel wie Besserverdiener und erhalten zur Begrenzung der Beitragsbelastung gegebenenfalls einen Ausgleich aus Steuermitteln. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag?“ – „Das finde ich ...“

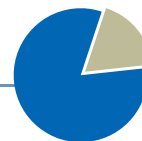
Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen in Euro					Schulbildung		
		< 1.000	1.000 bis < 2.000	2.000 bis < 3.000	3.000 bis < 4.000	≥ 4.000	niedrig	mittel	hoch
Anzahl Befragte	1.605*	167	431	331	177	141	447	623	514
sehr gut/gut	16,7	13,8	18,6	14,8	15,3	22,7	18,6	15,1	16,5
teils, teils	16,0	20,4	15,3	18,1	16,4	15,6	17,2	17,2	13,4
schlecht/sehr schlecht	65,7	64,7	63,8	66,5	66,7	61,7	61,7	67,1	67,9
weiß nicht/keine Angaben	1,6	1,2	2,4	0,6	1,7	–	2,4	0,7	2,2

Zwei Drittel der Befragten sprechen sich klar gegen ein Finanzierungsmodell aus, bei dem die Versicherten einen Teil des Beitrags pauschal zahlen. Diese Auffassung ist dabei unabhängig vom Grad der Schulbildung.

* Die Differenz zu 1.605 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zu ihrem Einkommen beziehungsweise ihrer Schulbildung gemacht haben.

Quelle: WidO 2011



Gegenwärtig gibt es in Deutschland auch in der obligatorischen Pflegeversicherung zwei getrennte Systeme: ein gesetzliches und ein privates. Die Zugehörigkeit der Versicherten richtet sich danach, ob sie gesetzlich oder privat krankenversichert sind. Die Leistungen sind in beiden Teilsystemen identisch, aber die Beitragsfinanzierung erfolgt strikt getrennt. Die Frage, ob die Finanzierung der Pflege weiterhin getrennt oder gemeinsam über alle Bürger (Pflege-Bürgerversicherung) erfolgen soll, wird eindeutig beantwortet (Tabelle 8): Eine große Mehrheit der in der sozialen gesetzlichen Pflegeversicherung Versicherten (67,8 Prozent) spricht sich dafür aus, die Trennung zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung aufzuheben, damit alle Bürger gleichermaßen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligt werden. Nur 12,6 Prozent der Befragten lehnen diesen Reformvorschlag ab.

Besonders groß ist die Zustimmung bei Versicherten im höheren Einkommensbereich (drei Viertel der Versicherten mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 4.000 Euro): Sie tragen gegenwärtig die Hauptlast der solidarischen Finanzierung. Gleich gut verdienende Privatversicherte sind von der solidarischen Finanzierung vollständig ausgenommen.

3 Fazit

Viele Menschen haben Angst vor der eigenen Pflegebedürftigkeit im Alter und nehmen das Thema Pflegeabsicherung sehr ernst. Die Pflegeversicherung findet allgemein breite Akzeptanz, doch kritisieren viele Versicherte den ihrer Ansicht nach unzureichenden Versicherungsschutz. Die Möglichkeit einer ergänzenden privaten Absicherung des eigenen Pflegerisikos wird derzeit jedoch nur in geringem Maße genutzt. Sie stößt vor allem bei Geringverdienern auf Ablehnung, die angesichts zu erwartender Beitragssteigerungen in der sozialen Pflegeversicherung eine Doppelbelastung fürchten.

Begrüßt wird dagegen eine Ausweitung der Pflegeleistungen. Der derzeit geltende Begriff der Pflegebedürftigkeit trägt der Situation von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz nur unzureichend Rechnung. Durch eine Neubestimmung des Pflegebegriffs sollen künftig vor allem Demenzerkrankte und deren Angehörige mehr Leistungen erhalten.

Die Idee, das soziale Umfeld der Pflegebedürftigen zu stärken und sie bei der Gestaltung ihres Alltags und der Teilhabe am sozialen Leben zu unterstützen, stößt bei den Versicherten ebenfalls auf breite Akzeptanz. Eine große

Die derzeitige Trennung zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung lehnt die Mehrheit der Befragten ab.

Tabelle 7

Künftige Ausgabensteigerungen mit oder ohne Arbeitgeberbeteiligung finanzieren?

„In der gesetzlichen Krankenversicherung ist der Beitragssatz der Arbeitgeber seit Anfang 2011 eingefroren. Künftige Ausgabensteigerungen werden allein von den Mitgliedern finanziert. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund folgenden Vorschlag: Künftige Ausgabensteigerungen sollen auch in der Pflegeversicherung ausschließlich von den Mitgliedern über höhere Beiträge finanziert werden.“ – „Das finde ich ...“

Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen in Euro					Schulbildung		
		< 1.000	1.000 bis < 2.000	2.000 bis < 3.000	3.000 bis < 4.000	≥ 4.000	niedrig	mittel	hoch
Anzahl Befragte	1.605*	167	431	331	177	141	447	623	514
sehr gut/gut	10,3	13,2	11,1	9,4	9,6	12,8	13,4	9,1	8,4
teils, teils	22,9	21,6	25,1	23,9	22,0	21,3	23,9	24,6	19,6
schlecht/sehr schlecht	64,0	61,7	60,8	65,3	67,8	66,0	57,9	64,5	69,5
weiß nicht /keine Angaben	2,8	3,6	3,0	1,5	0,6	–	4,7	1,8	2,5

Der Vorschlag, höhere Ausgaben in der Pflege künftig allein über die Mitglieder – ohne Beteiligung der Arbeitgeber – zu finanzieren, hat wenig Rückhalt in der Bevölkerung: Zwei Drittel der Befragten sprechen sich dagegen aus. Besonders stark ausgeprägt ist die ablehnende Haltung bei Besserverdienern und Versicherten mit einer höheren Schulbildung.

* Die Differenz zu 1.605 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zu ihrem Einkommen beziehungsweise ihrer Schulbildung gemacht haben.

Tabelle 8

Aufhebung der Trennung der zwei Pflegeversicherungssysteme: Ja oder nein?

„Gegenwärtig gibt es in Deutschland zwei getrennte Systeme der obligatorischen Pflegeversicherung: ein gesetzliches und ein privates. ... Ein Reformvorschlag lautet, die Trennung der zwei Pflegeversicherungssysteme aufzuheben, damit alle Bürger gleichermaßen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligt werden. Was halten Sie davon?“ – „Das finde ich ...“

Angaben in Prozent

	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen in Euro					Schulbildung		
		< 1.000	1.000 bis < 2.000	2.000 bis < 3.000	3.000 bis < 4.000	≥ 4.000	niedrig	mittel	hoch
Anzahl Befragte	1.605*	167	431	331	177	141	447	623	514
sehr gut/gut	67,8	57,5	67,7	72,5	69,5	74,5	64,7	70,9	66,7
teils, teils	16,0	18,0	16,9	16,6	16,9	9,9	17,7	15,2	15,4
schlecht/sehr schlecht	12,6	20,4	11,8	8,2	10,7	13,5	13,4	11,1	13,6
weiß nicht/keine Angaben	3,6	4,2	3,5	2,7	2,8	2,1	4,2	2,8	4,2

Die Mehrheit der Befragten plädiert dafür, die Trennung von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung aufzuheben. Bei Versicherten im höheren Einkommensbereich ist die Zustimmung am größten.

* Die Differenz zu 1.605 entfällt auf diejenigen Befragten, die keine Angaben zu ihrem Einkommen beziehungsweise ihrer Schulbildung gemacht haben.

Quelle: WidO 2011

Mehrheit der Befragten spricht sich zudem dafür aus, mit der Pflegeversicherung auch die Situation der pflegenden Angehörigen zu verbessern.

Im Fall eigener Pflegebedürftigkeit erwarten die Versicherten, von der Familie unterstützt zu werden. Gleichzeitig besteht eine hohe Bereitschaft, pflegebedürftige Familienmitglieder zu betreuen. Angesichts des demografischen Wandels, der zunehmenden Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und einer erhöhten Mobilität der Arbeitsgesellschaft werden die Pflegebedürftigen in Zukunft aber auch verstärkt auf externe professionelle Hilfe angewiesen sein.

Mit Blick auf die anstehende Reform der Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung stehen die Versicherten individualisierenden Elementen bei der Finanzierungsgestaltung deutlich ablehnend gegenüber. Sie votieren vielmehr eindeutig für eine integrative, solidarisch finanzierte Pflegeversicherung.

Literatur

- Institut für Demoskopie Allensbach (2009): *Pflege in Deutschland. Ansichten der Bevölkerung über Pflegequalität und Pflegesituation. Ergebnisse einer Reprä-*

sentativbefragung im Auftrag der Marseille-Kliniken AG, Allensbach

- Kuhlmei, A./Dräger, D./Winter, M./Beikirch, E. (2010): *Compass-Versichertenbefragung zu Erwartungen und Wünschen an eine qualitativ gute Pflege*, in: *Informationsdienst Altersfragen 37 (4)*, S. 4–10
- Rösler, P. (2011): *Immer mehr Menschen nehmen Pflege in Anspruch*, in: www.bundesregierung.de, 16.11.2010
- Rothgang, H./Iwansky, S./Müller, R./Sauer, S./Unger, R. (2010): *Barmer GEK Pflegereport 2010, Schwäbisch-Gmünd*
- Statistisches Bundesamt (2011): *Pflegestatistik 2009. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Wiesbaden*
- Zentrum für Qualität in der Pflege/FAZ-Institut (Hrsg.) (2010): *Selbstbestimmung im Alter, Ffm./Berlin*
- Zok, K. (2005): *Akzeptanz der Pflegeversicherung*, in: *WidO-monitor 3/2005*, S. 1–7



**Klaus Zok, Wissenschaftliches Institut der AOK (WidO),
Telefon: 030 34646-2134
E-Mail: klaus.zok@wido.bv.aok.de**